

Mehr Empörung als Angst: Soziale Mobilisierung in Kolumbien in Zeiten der Pandemie

Axel Rojas

Am 28. April 2021 begann in Kolumbien ein landesweiter Streik, der in seiner Stärke und Dauer nur wenige Präzedenzfälle hat, darunter der *Paro Cívico Nacional* von 1977. Der Staat antwortete mit einer Repression und einem Ausmaß an Gewalt, das selbst für eine Gesellschaft mit einer über 60 Jahre andauernden Geschichte des bewaffneten Konfliktes beispiellos ist. Hinzu kommt, dass der Streik im Kontext der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelösten Pandemie stattfindet, auf die seit Anfang 2020 weltweit mit Eindämmungsmaßnahmen reagiert wird. In diesem Szenario gewann eine medizinische Fachsprache an Bedeutung, die Begriffe wie Ansteckung, Biosicherheit, Präventionsmaßnahmen, Intensivstation etc. in den Alltag einziehen ließ. Diese Begriffe wurden von den Behörden genutzt, um die Massenprotesten rhetorisch als Gefahr zu präsentieren und die gemeinsame Verantwortung zur Verhinderung von Todesfällen und die dringende Wiederbelebung der Wirtschaft in den Fokus zu rücken. Im Kontext des Streiks wird diese Rhetorik zu einer Sprache der Angst, die darauf abzielt, den kollektiven Protest einzudämmen.

Der Streik dauert nun schon seit mehr als 120 Tagen an. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Beitrags ist er noch immer nicht offiziell beendet. Es wird weiterhin zu Protesten aufgerufen, wenn auch in größeren zeitlichen Abständen und mit geringerer Beteiligung. Zahlen stehen im Mittelpunkt der Debatte zu den aktuellen Ereignissen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass verschiedene Quellen höhere Zahlen als die staatlichen Institutionen angeben, insbesondere bezüglich der Menschenrechtsverletzungen.

Dennoch zeichnet das vom Präsidialrat für Menschenrechte und internationale Angelegenheiten (*Consejería Presidencial para los Derechos Humanos y Asuntos Internacionales*) herausgegebene Bulletin Nr. 48: Menschenrechte im Rahmen des Nationalen Streiks 2021 (28.04. bis 10.08.) ein recht komplexes Bild. Demnach gab es 359 Kundgebungen, 2637 Demonstrationsmärsche, 725 Mobilisierungen, 47 Versammlungen in 860 Gemeinden in 32 *departamentos*. Diese Zahlen verdeutlichen das Ausmaß des Streiks, seine nationale Bedeutung, seine Dauer und seine Intensität. Dem Bericht

zufolge wurden 57 Todesfälle gemeldet, von denen 29 im Zusammenhang mit den Demonstrationen stehen sollen und in sechs Fällen der konkrete Zusammenhang zu den Demonstrationen aufgeklärt wurde. Außerdem wurden 1140 Zivilist*innen und 1725 Uniformierte verletzt. Eine der wichtigsten Fragen im Bezug auf staatliches Handeln betrifft die unverhältnismäßige Gewaltanwendung durch die Polizei. In diesem Zusammenhang wurden 231 Ermittlungen wegen Disziplinarverstöße seitens der Polizei, 110 wegen Amtsmissbrauchs, 45 wegen körperlicher Aggression, 16 wegen Tötung, 25 wegen Körperverletzung, 12 wegen Nichtbefolgung von Anordnungen, 23 wegen sonstigem Fehlverhalten und 429 wegen angeblichen Amtsmissbrauchs und Körperverletzung eingeleitet.

In den Medien und der öffentlichen Debatte standen die massiven Demonstrationen im Fokus. Dabei wurden die Ballungsräume nachdrücklich als einer der entscheidenden epidemiologischen Risikofaktoren genannt. Die Organisator*innen der Proteste wurden so für den zwischenzeitlichen Höchststand der Zahl an Covid-19 Ansteckungen, der Belegung von Intensivbetten und der Todesfälle verantwortlich gemacht. Selbstverständlich geht es hier nicht darum, die möglichen Ansteckungseffekte der Demonstrationen zu ignorieren. Vielmehr soll gezeigt werden, wie eine bestimmte epidemiologische Rhetorik zur Eindämmung der Demonstrationen eingesetzt werden. Ziel des Artikels ist es folglich, Merkmale dieser Konstellation zu untersuchen, die sich aus dem Streikaufruf ergeben. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den aktuellen Veränderungen des Regierungshandelns in einer unbekannten Situation, die als biomedizinisches Phänomen betrachtet wird.

Hierfür erscheint es erforderlich, den aktuellen Streik in historischer Perspektive zu betrachten und vor dem Hintergrund von Zyklen der Repression und der Öffnung der formalen Demokratie zu diskutieren. Konkret wird der Streik in einem Zeitraum von drei Jahrzehnten eingeordnet, in dem es zwei Zyklen der Krise und der formalen Öffnung von Mechanismen zur friedlichen Konfliktbearbeitung gab, die jeweils mit der Schließung der Kanäle der demokratischen Beteiligung durch autoritäre Maßnahmen endeten. Der erste Zyklus hat als sichtbarer Meilenstein die Verfassungsänderung von 1991. Der zweite Meilenstein kulminierte im 2016 unterzeichneten Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC), das nach zweieinhalb Jahrzehnten der Eskalation des bewaffneten Konflikts möglich wurde.

Demokratische Öffnung, politische Konfliktlösungen und autoritäre Schließungen

Im Jahr 1991 kam es in Kolumbien zu einer Verfassungsänderung. Die neue politische Charta wurde unter anderem in Bezug auf Umweltaspekte, Gleichberechtigung und multikulturelle Anerkennung als garantistisch und pluralistisch bezeichnet (Gros 2002). Die Verfassung war das Ergebnis einer verfassungsgebenden Versammlung, an der verschiedene Akeure unter der anfänglichen Führung junger Studierender zusammenkamen. Angesichts des bewaffneten Konfliktes und des erstarkenden Drogenhandels zielten die Forderungen auf grundlegende politische Reform ab. Als eines der Ergebnisse dieses Wandels gilt die Reduzierung der Gewaltakte im internen bewaffneten Konflikt, dank Verhandlungslösungen mit mehreren der damals aktiven Guerillaorganisationen (M-19, EPL, *Movimiento Armado Quintín Lame*) (Pacifista vom 26.09.2016).

Ein weiterer Effekt der neuen Verfassung bestand in der einzigartigen Möglichkeit zur Demokratisierung und politischen Öffnung, die das Land in den folgenden Jahren prägen sollten. Nach den Verhandlungen wurden die kollektiven Rechte der indigenen und afrokolumbianischen Bevölkerung anerkannt und formale Mechanismen für die politische Beteiligung und den Schutz der Menschenrechte geschaffen. Dadurch kam es zu einem politischen Öffnungsprozess, der neue Mechanismen für die zivilgesellschaftliche Beteiligung und einen garantistischen institutionellen Rahmen schuf (Uprimny/Sánchez 2012).

Zwei Guerillagruppen blieben zunächst am Rande der Verhandlungen und gewannen anschließend an Gewicht: die Nationale Befreiungsarmee (ELN) und die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC). Insbesondere der FARC gelang es ihre territoriale Präsenz auszudehnen und sich militärisch zu stärken. Hierfür waren verschiedene Faktoren verantwortlich. Die Guerilla machte die Regierung von Belisario Betancur für das Scheitern vorheriger Verhandlungslösungen verantwortlich und rief einen nationalen bewaffneten Aufstand aus. Vor diesem Hintergrund entschied sich die FARC für einen Strategiewechsel, der die politische Geschichte des Landes prägen sollte: Sie setzte auf neue Allianzen und Verflechtungen mit dem Drogenhandel (Pecaut 2008). Seit den 1980er Jahren begann die Guerilla vom Drogenhandel zu profitieren. Anfangs handelte es sich um das, was im Guerilla-Jargon als *impuestación* oder *vacuna* bezeichnet wird und sich auf die „Besteuerung“ des Kokaanbaus und der Herstellung von Kokainpaste und dem Endprodukt Kokain bezieht. In den 1990er Jahren wurde die Beziehung zum Drogenhandel enger und die Grenze zwischen

Drogenhandel und Guerilla verschwomm. Dies sollte sich langfristig in einen Legitimationsverlust der FARC umkehren.

In diesem Kontext kam es gleichzeitig zu einer Verschärfung des bewaffneten Konfliktes und zur Öffnung der Demokratie. Dies führte zu einem scheinbaren Paradoxon, in dem die politische Lösung von Konflikten und die Fortführung des bewaffneten Kampfes zusammenfielen. In diesem Zusammenhang bewaffneten sich Teile der Gesellschaft, die häufig mit den wirtschaftlichen Eliten und den Staatsapparaten verbunden waren. Es konsolidierte sich ein paramilitärisches Projekt, das der Guerilla den Krieg erklärte und bereits in der Ära der so genannten *Violencia* eine lange Vorgeschichte hatte. Die paramilitärischen Gruppen, die oft von der Armee, manchmal von Geschäftsleuten und teilweise von Allianzen zwischen beiden Akteuren gebildet wurden, beschränkten sich nicht auf defensive Maßnahmen, zum Schutz von Geschäftsleuten, wie manchmal behauptet wurde. Vielmehr besetzten sie aktiv Gebiete, die zuvor nicht zwingend von der Guerilla kontrolliert waren. Das Ziel bestand darin, sich Land, Produktionstätigkeiten und Handel anzueignen, die Anwesenheit und Bewegung von Menschen zu kontrollieren, sowie Sicherheits- und „Justiz“-Funktionen auszuüben. Dies führte bis hin zur Errichtung einer autoritären, bewaffneten lokalen Ordnung (Villarraga et al. 2018).

Das Verteidigungsargument diente als Rechtfertigung für Angriffe auf die Zivilbevölkerung. Alles, was als politisch links stigmatisiert wurde, wurde als Teil der bewaffneten Linken dargestellt und damit zum militärischen Ziel erklärt. Dieser Krieg brachte die Sicherheitsdiskussion zu Beginn der 2000er Jahre in die öffentliche Debatte. Als die USA nach dem Anschlag auf die *Twin Towers* 2001 den Krieg gegen den Terrorismus erklärten, rückte die Guerilla in den Fokus der Terrorbekämpfung. In diesem Kontext entstand ein neues politisches Wahlprojekt, das heute unter dem Namen *Uribismo* bekannt ist und rasch an die Spitze des politischen Spektrums rückte.

Der *Uribismo* konstituierte sich als Machtblock und konzentriert(e) sich auf den Diskurs der Sicherheit, der Verteidigung der konservativen Werte und des Angriffs auf Geschlechter-, Umwelt-, Arbeits-, ethnische und andere Rechte, die als linksradikal identifiziert werden. Der Schlüssel des Erfolgs des *Uribismos* bestand in seiner Fähigkeit, einen inneren und einen äußeren Feind zu schaffen, die beide mit der Linken in Verbindung gebracht werden: auf nationaler Ebene die FARC und auf internationaler Ebene der Chavismus in Venezuela. Das erste Jahrzehnt der 2000er Jahre war gekennzeichnet durch die öffentliche Positionierung einer Reihe von Themen zur Mobilisierung der Mittelschicht und der wirtschaftlichen Eliten. Gleichzeitig stiegen die Zwangsvertreibungen massiv an und die Para-

militärs übernahmen die Kontrolle großer Gebiete. In der Mitte des Jahrzehnts setzte ein Verhandlungsprozess mit den paramilitärischen Gruppen ein, der die Umsetzung neuer Wirtschaftspunkte begünstigte und das von der Regierung geförderte „Vertrauen der Investoren“ unterstützte (Angarita 2012).

Diese Elemente sind wichtig, um den scheinbaren Widerspruch zu verstehen. Zwischen 1991 und 2010 liegen zwei Jahrzehnte, in denen sich in Kolumbien ein politisches Paradoxon herausbildete. Auf der einen Seite gab es zwar eine formale demokratische Öffnung, die sich in der Schaffung von Regierungsinstitutionen und Einrichtungen, die die Rechte der Bürger*innen garantieren, widerspiegelte. Auf der anderen Seite weitete sich der bewaffnete Konflikt in Kolumbien in einer noch nie dagewesenen Weise aus. In diesem Kontext wurden die in der Verfassung von 1991 verankerten Elemente der Demokratisierung von einem rechtsextremen Projekt angegriffen, das mit paramilitärischen und wahltaktischen Mitteln agierte, um für zwei Regierungsperioden die Kontrolle über den Staat zu erlangen.

Im Jahr 2010, am Ende der Regierung Uribe, fand ein Wandel statt. Der neue Präsident Juan Manuel Santos vollzog eine politische Kehrtwende, die in seiner zweiten Amtszeit die Unterzeichnung eines Friedensabkommens mit den FARC (2016) ermöglichte. Mit dem Abkommen wurden die institutionellen Grundlagen für die Implementierung des Friedens geschaffen, und es begann eine neue Phase der demokratischen Öffnung. Die starke Opposition der extremen Rechten fokussierte sich auf die Idee einer Bedrohung durch den *castrochavismo*, eines angeblichen linksradikalen Projekts, das die Übernahme des Staates anstreben würde. Zudem kritisierte sie den Friedensvertrag, weil dieser angeblich den ehemaligen Guerillakämpfer*innen in die Karten spielen würde.

Nach acht Jahren gewann der *Uribismo* im Jahr 2018 erneut die Wahlen und eine neue Auseinandersetzung zwischen einem demokratischen Projekt, das auf der politischen Lösung von Konflikten beruht, und dem autoritären Projekt, das das Friedensabkommen zu Fall bringen will und die Idee einer radikalen Linken als nationale Bedrohung darstellt, begann. Für dieses Projekt ist das Argument der Bedrohung durch die Guerilla zunehmend schwieriger aufrechtzuerhalten, da es keine bewaffnete Gruppe mehr gibt, die als Feind angesehen werden kann. Daher wird die Bedrohung durch Programme wie die „Reform ländlicher Entwicklung“ (*Reforma Rural Integral*) und die Transitional Justice-Institutionen verkörpert, die in dem Friedensabkommen enthalten sind. Der *Uribismo* wirft ihnen vor, Privateigentum, kapitalistische Initiative und Gerechtigkeit zu bedrohen. Aktuell befindet sich Kolumbien in einer Phase, in der die Regierung

versucht, ein autoritäres Projekt zu positionieren, indem sie Angst und politische Abschottung nutzt, um kritischen Stimmen entgegenzutreten.

Dabei ist es wichtig zu beachten, wie die Pandemie für politische Zwecke instrumentalisiert wird. Dies betrifft die medizinische Komponente der Politik und der öffentlichen Gesundheit. Die epidemiologische Situation führt einerseits zu Ansteckungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 und verursacht eine hohe Letalität. Andererseits wurden zur Vorbeugung und Eindämmung der Pandemie Maßnahmen eingeführt, die die Regierung auch für die Reaktion auf die sozialen Proteste nutzte. Im Folgenden steht diese zweite Dimension im Fokus.

Institutionelle Schließung und Demokratie auf der Straße inmitten des Lockdowns

Der Beginn der Regierung von Iván Duque war 2018 und 2019 durch zwei Momente massiver sozialer Mobilisierung gekennzeichnet, die jeweils von Studierenden angeführt wurden. Die Proteste kurz nach der Amtseinführung des Präsidenten deuteten bereits auf die autoritäre Stimmung der neuen Periode des *Uribismo* hin. Der erste Streik fand zwischen Oktober und Dezember 2018 mit Mobilisierungen an öffentlichen und privaten Universitäten statt. Dieser verlängerte sich durch Schwierigkeiten bei den Verhandlungen und polizeiliche Repression, sodass im November 2019 die Studierenden erneut auf die Straße gingen. Auch diesmal gab es polizeiliche Repressionen gegen die Protestierenden. Einer der bekanntesten Vorfälle, war der Tod des Gymnasiasten Dilan Cruz, der am 23. November in Bogotá (Rodríguez 2021) durch den Abschuss einer „nicht-tödlichen“ Waffe durch ein Mitglied des ESMAD¹ verursacht wurde.

So begann das Jahr 2020 nach massiven Protesten mit einer Regierung, die an Glaubwürdigkeit verloren hatte und gleichzeitig darauf bestand, das zwischen dem Staat und der FARC unterzeichnete Friedensabkommen „in Stücke zu reißen“. Die Demonstrationen sind auch Ausdruck des Widerstands, der sich in den Städten nun freier entfalten konnte, da das Stigma

1 Laut der Seite der Polizei ist der ESMAD: “die Einheit des Sondereinsatzkommandos, die aus geschultem und qualifiziertem Personal besteht und mit der Kontrolle von Unruhen, Menschenansammlungen, Blockaden und Räumungen öffentlicher oder privater Räume beauftragt ist, die in städtischen oder ländlichen Gebieten des Staatsgebiets auftreten und möglicherweise terroristische und kriminelle Handlungen zur Folge haben, um die Ausübung der öffentlichen Rechte und Freiheiten wiederherzustellen.“ <https://www.policia.gov.co/especializados/antidisturbios>.

der „Infiltration“ und „terroristischen Bedrohung“ nach der Demobilisierung der FARC nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Es entstand ein neuer Kontext der Auseinandersetzung mit zwei Möglichkeiten: einer demokratischen Öffnung zur Ausweitung der Teilhabe der Bevölkerung oder eines neuen Zyklus der autoritären Schließung.

Die Studierendenproteste trugen zur Politisierung breiter Bevölkerungsschichten bei. Obwohl sie für die Stärkung der öffentlichen Universitäten eintraten, haben sie jenseits spezifischer Errungenschaften oder Forderungen weitere bedeutende Ergebnisse erzielt. Diese umfassen die Anerkennung der Jugendlichen als politische Kraft, die Erneuerung des Mobilisierungsrepertoires durch die Etablierung neuer Diskurse und Artikulationsformen, den Rückgriff auf künstlerische Aktivitäten und neue Botschaften sowie die Wiederbelebung der städtischen Mobilisierung, die für einige Zeit ihren Protagonismus verloren hatte.²

Mit der Ausrufung des Pandemiefalls und der Verordnung des *Lockdowns* wurde der autoritäre Stil der Regierung deutlich. Der *Lockdown* verlieh der Polizei, deren Legitimität seit mehr als einem Jahr in Frage gestellt wurde, außerordentliche Kontroll- und Überwachungsbefugnisse und sperrte die Bürger*innen in ihren Wohnungen ein. Sie waren den Entscheidungen einer führungslosen Regierung ausgeliefert, die sich als unfähig erwies, die historische Situation zu verstehen und eine wirksame Antwort zu geben.

Cali, Bogotá und andere Städten sind durch eine beschleunigte Urbanisierung und Zunahme der Informalität auf den Arbeitsmärkten seit den 1980er Jahren gekennzeichnet. Aus diesem Gründen verfügen viele Bewohner*innen dieser Städte weder über ein stabiles Einkommen noch einen Zugang zu Gesundheitsdiensten. Dies macht die ohnehin prekäre Situation besonders kritisch. Zunächst wurde die Krise durch lokale und nationale Solidaritätsinitiativen bewältigt. Später kamen zwar staatliche Zuschüsse für die Versorgung der Betroffenen hinzu, die jedoch in vielen Fällen als verspätet und unzureichend angesehen wurden.

Mit dem *Lockdown* verschärften sich die prekären Lebensbedingungen großer Teile der ohnehin schon verarmten Stadtbevölkerung. Dies ging mit einer Krise der Mittelschichten einher, die ihre Arbeitsplätze verloren

2 Diese Punkte sind wichtig, weil während des Rechtsrucks nach 1991 die sichtbarsten kollektiven politischen Akteure dem ländlichen Raum angehörten. Diese umfassten den *Consejo Regional Indígena del Cauca* (CRIC) und die *Asociación de Cabildos Indígenas de Norte del Cauca* (ACIN), die zu den wenigen Stimmen gehörten, die das Pro-Urbe-Projekt kritisierten und es schafften, inmitten der Repression und Stigmatisierung Mobilisierungen aufrecht zu erhalten.

oder deren Unternehmen pandemiebedingt in die Krise gerieten, während der Staat sowohl in gesundheitlichen als auch in wirtschaftlichen und sozialen Fragen unberechenbar agierte (siehe auch die Beiträge von Carosio und Weller in diesem Band). Auf die aufkommenden Proteste reagierte die Regierung mit einer Ausweitung des autoritären Repertoires staatlichen Handelns.

Sukzessiv entstanden neue Praktiken der Versicherheitlichung, die sich auf immer weitere Aspekte des täglichen Lebens ausdehnten. Der *Lock-down* erleichterte die Überwachung durch die Sicherheitskräfte und führte zur stärkeren Kontrolle des täglichen Lebens der Bürger*innen, die in ihren Wohnungen eingeschlossen waren oder deren Mobilität kontrolliert wurde. Die Sicherheitspolitik nahm verschiedene Formen an: Patrouillen, Einsatz digitaler Videotechnologien, biomedizinische Überwachung, Drohnen und wirtschaftliche Sanktionen für diejenigen, die sich nicht an die Maßnahmen hielten, was bei den Bürger*innen Angst, Empörung und Unbehagen auslöste (infodefensa vom 01.04.2021; Defender la Libertad vom 23.07.2020; Cano 2020; Isacson 2020).

Der medizinische Diskurs legitimierte die staatliche Repression, die ebenfalls einen ambivalenten Charakter hatte. Sie nahm je nach Bevölkerungsgruppe unterschiedliche Formen an und verdeutlichte das klassizistische, rassistische und sexistische Handeln des Staates. Wenn die Polizei auf die Straße ging, missbrauchte sie ihr Gewaltmonopol im Namen des Gemeinwohls. So richteten sich Autoritarismus und Repression, die die Ordnungskräfte bereits bei den Studierendenstreiks 2018 und 2019 an den Tag gelegt hatten, nun nicht mehr nur gegen die Studierenden, sondern gegen die gesamte Bevölkerung.

Am 9. September 2020 – fast ein halbes Jahr nach dem Beginn des *Lock-downs* – führte ein Ereignis, das nicht von den Mobilisierungen der Studierenden ausging, zu massiven Protesten und umfassender polizeilicher Repression, in deren Folge mehrere Menschen in Bogotá starben (El Espectador vom 09.09.2020). Ausgangspunkt war die Ermordung des Rechtsanwalts Javier Ordóñez durch die Polizei, die ihn in der Nacht zum 9. September festgenommen hatte (El Espectador vom 10.09.2020). Die Empörung der Bevölkerung äußerte sich in Angriffen auf die Polizeistation, in der Ordóñez von Uniformierten brutal zu Tode geprügelt wurde. Die Regierung verteidigte das Vorgehen der Polizei und versuchte, den Protest mit dem Hinweis auf eine angebliche Unterwanderung durch kriminelle Gruppen zu delegitimieren (Kyjen y ke vom 17.09.2020; El Espectador vom 12.09.2020).

Die Massenproteste verdeutlichten die Grenzen der staatlichen Kontrolle über das Leben der Bürger*innen sowie das Ausmaß der Empörung.

Weder Überwachung noch Verkehrskontrollen oder Repression reichten aus, um die Unzufriedenheit einzudämmen. Es entstand ein neues Kräfteverhältnis zwischen der Bevölkerung, der kolumbianischen Regierung und den Ordnungskräften. Die Mobilisierung der Jugendlichen in den Städten hat dazu beigetragen, die Diskussion über die Rolle des Staates bei der Finanzierung grundlegender Rechte neu zu beleben und gleichzeitig die Debatte über die Polizei und ihre Anti-Aufruhr-Einheit (ESMAD) in den Vordergrund zu rücken. Die Misshandlungen, Schläge, Morde und Repressionen gegen Demonstrant*innen durch den ESMAD trugen dazu bei, die öffentliche Stimmung und die Unterstützung für die Demonstrationen zu erhöhen.³

Was sind also die Folgen der Pandemie für Kolumbien? Neben den Todesfällen führt sie zu einer allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bürger*innen, zu Erfahrungen von Enge, Isolation, aber auch zum Überstrapazieren des gemeinschaftlichen Zusammenlebens und der sozialen Beziehungen; sie führt dazu, dass die Bevölkerung beginnt, einen unbekannten Druck zu ertragen (Fernández et al. 2020). Und das alles vor dem Hintergrund des Gefühls, dass es der Regierung an einer klaren Orientierung mangelt. Es wurden weder konkrete Lösungen für die Lebensmittelversorgung noch für die Gesundheitsversorgung entwickelt, während Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung zunahmen. Außerdem wurde diese Situation über ein Jahr lang mit Übergangsmaßnahmen verlängert, die immer wieder ohne absehbares Ende verlängert wurden und werden.

Cali: Gründe für die Mobilisierungen

Die erste Lieferung von Impfdosen kam im Februar 2021 nach Kolumbien (El Espectador vom 15.02.2021). Zu diesem Zeitpunkt, hatten sich die institutionellen Antworten auf die Pandemie als erratisch erwiesen. Einerseits wurde die Rückkehr des öffentlichen Lebens gefördert, um die Wirtschaft zu reaktivieren. Andererseits wurden, unter Rückgriff auf epidemiologische Argumente, Restriktionen verhängt, um beispielsweise Proteste einzudämmen. Im April 2021 riefen die Gewerkschaften einen na-

3 Diese Unterstützung war in vorherigen Perioden rückläufig. Dies war zum Teil auf Apathie und Müdigkeit angesichts der Erosion der Organisationen und der gewerkschaftlichen Ausrichtung einiger Forderungen zurückzuführen, zum Teil auf Repression und die Angst, die durch die Stigmatisierung von linken politischen Gruppen und Diskursen erzeugt wurde.

tionalen Streik aus⁴. Die Menschen gingen in Massen auf die Straßen. Eine Kombination unterschiedlicher Ursachen führte dazu, dass dieser Moment einen einzigartigen Charakter bekam. Die Demonstrationen fanden *erstens* überwiegend in den Städten statt und *zweitens*, hat der Staat die Proteste mit Gewalt und zahlreichen Übergriffen beantwortet, die zum Tod und zum Verschwinden zahlreicher Demonstrant*innen geführt haben, die Opfer von Amtsmissbrauch und Exzessen seitens der Polizei wurden. *Drittens* wird die Repression von einer Rhetorik begleitet und legitimiert, die besagt, dass die Menschen nicht auf die Straße gehen sollten, um die Gefahr einer Ansteckung zu vermeiden, während gleichzeitig bekräftigt wird, dass es notwendig ist, auf die Straße zu gehen um zur Arbeit zu gelangen, um die Wirtschaft zu reaktivieren.

Zu den zunehmenden polizeilichen Übergriffen gegen die Demonstrant*innen durch den ESMAD kommt eine offen rassistische Haltung. Dies konnte im Mai 2021 in Cali, einer der größten Städte Kolumbiens, mit der größten afro-kolumbianischen Bevölkerung, beobachtet werden. Cali – im Südwesten des Landes gelegen – ist die Hauptstadt des *departamento* Valle del Cauca und die symbolische Hauptstadt der Pazifikregion. Seit Jahrzehnten erlebt die Stadt eine starke Verarmung. Gleichzeitig hat sich der Drogenhandel und die Verwendung legaler und illegaler Waffen ausgeweitet. Im Ergebnis stiegen Kriminalitätsindikatoren (Fandino-Losada et al. 2017, Betancourt/Castillo 2019).

Nach einer Ära, in der die Drogenkartelle dominierten, restrukturierte und „demokratisierte“ sich der Drogenhandel. Ehemalige Monopole wurden gebrochen und der Drogenhandel verbreitete sich innerhalb der Stadt. Infolgedessen weitete sich der Drogenhandel aus, ebenso wie die Anwendung von Gewalt bei der Konfliktlösung. Die Wirtschaft Calis basiert dementsprechend zu großen Teilen auf Geldern illegaler Herkunft. Lange Zeit gab es einen Kampf zwischen den aufstrebenden Sektoren, die ihren Platz in der lokalen Gesellschaft zu legitimieren suchten, und den traditionellen Sektoren, die eine Verbindung mit dem Drogenhandel ausschlossen und diskriminierten. Heute scheint sich die Trennung zwischen „traditionellen“ Werten und der „Kultur des Drogenhandels“ zu Gunsten Letzteren verschoben zu haben (Llano/Restrepo 2008; Vargas 2019; Sáenz 2017).

4 Die Gewerkschaften sind im Wesentlichen eine urbane Form der politischen Organisation. Es handelt sich um einen wichtigen Akteur, der jedoch nicht die führende politische Kraft im Land darstellt. Dies erklärt sich auch mit Blick auf den Grad der Informalität und der Prekarität der Arbeit.

Die Bedeutung entsprechender Handlungslogiken und die Legitimierung wirtschaftlicher Macht zeigte sich an der Reaktion einiger Bewohner*innen des Südens der Stadt, die sich als „gute Menschen“ (*gente de bien*), als Angehörige der wirtschaftlichen Elite identifizierten und sich für die Verteidigung ihrer Rechte einsetzten. Dies beinhaltete das Recht, sich frei in der Stadt zu bewegen, das sie durch die Demonstrant*innen und die Präsenz der indigenen Bevölkerung, die aus dem benachbarten *departamento* Cauca in die Stadt gekommen war, verletzt sahen. Seit Beginn der Mobilisierungen im April 2021 waren Hunderte Indigene in Begleitung der *Guardia Indígena* in Cali eingetroffen, um die soziale Bewegung zu begleiten und sich mit den städtischen Demonstrant*innen zu solidarisieren. Die *Guardia Indígena* ist eine unbewaffnete zivile Einrichtung zur Verteidigung und Kontrolle des Territoriums, die von indigenen Organisationen aus dem *departamento* Cauca gegründet wurde und die die indigenen Gemeinden bei allen Arten von öffentlichen Veranstaltungen begleitet (Rojas/Useche 2019; BBC News vom 21.10.2020).

Mehrfach gingen diese *gente de bien* bewaffnet auf die Straße, um auf Demonstrierende zu schießen, insbesondere auf die indigenen Mitglieder der *Guardia*. Dabei verbreiteten sie rassistische Botschaften in den sozialen Netzwerken und brachten Videos in Umlauf, in denen eine bewaffnete Verfolgung zu sehen war (Cuestión Pública vom 27.05.2021). Die Reaktionen verschiedener Mitglieder der politischen Elite und mehrerer Mitglieder der Regierung ging in die gleiche Richtung: die Indigenen seien in der Stadt „fehl am Platz“. Die bewaffneten Zivilist*innen agierten neben und gemeinsam mit der Polizei (Cuestión Pública vom 16.06.2021)⁵. Die Pandemie verschärft bereits vorher vorhandene Merkmale: Cali ist eine Stadt des Rassismus und Elitismus.

Es gab jedoch auch Solidaritätsbekundungen, die gewürdigt werden sollten. Seit Beginn des Streiks war Cali eines der Epizentren der Demonstrationen. Die Demonstrierenden setzten sich aus vielen verarmten sozialen Gruppen zusammen. Diese kamen in der Vergangenheit oft als von Gewalt Verfolgte in die Stadt. Bis heute ist es ihnen nicht gelungen, sich in Cali zu etablieren und integrieren, sei es in Bezug auf Wohnen, Arbeit, Bildung oder Zugang zu anderen Dienstleistungen, die der Staat anbieten sollte. Ihre Teilnahme an den Demonstrationen war besonders auffällig. Es

5 Dies wurden durch Videoaufnahmen in mehreren Berichten von Menschenrechtsorganisationen dokumentiert, die diese Form des Paramilitarismus aufzeigen, bei dem staatliche Agenten im Dienste der herrschenden Klasse handeln, die ihre Privilegien bedroht sieht.

gibt jedoch eine breite Beteiligung anderer Bevölkerungsgruppen, die sich nicht um Ungleichheitsdeterminanten wie *race*, Geschlecht oder Klasse gruppieren. Es handelt sich um Einzelpersonen mit unterschiedlichem Status, die sich manchmal über soziale Netzwerke zusammenschließen, die aber nicht zu formellen Strukturen gehören, sondern spontan und ohne sichtbare Führung agieren (Gonzalez 2021; El Espectador vom 20.07.2021).

Es handelt sich dabei nicht um Organisationen, sondern um Bürger*innen, die sich aus unterschiedlichen Gründen den Bewegungen anschließen. Einige davon können als „objektiv“ betrachtet werden und haben mit der historischen Verarmung einer räumlich segregierten Bevölkerung zu tun, die sich im Fall von Cali auf den Osten der Stadt konzentriert. Die Verarmung erklärt sich nicht aufgrund der Tatsache, dass sie Migrant*innen sind oder gewaltsam vertrieben wurden, sondern auch aufgrund der Informalisierung des Arbeitsmarktes. Eine handelt sich um Bevölkerungsgruppen, die diskriminiert und rassifiziert wurden und sich nun, zusammen mit Teilen der Mittelschicht, Studierenden, Akademiker*innen und öffentlichen Beschäftigten, mobilisieren.

Es gibt jedoch weitere „subjektive“ Gründe der Mobilisierung. Diese beziehen sich auf die Auswirkungen einer Politik, die dazu neigt, in willkürlichen Kategorien und Zuschreibungen von „gut“ und „schlecht“ zu denken und zu handeln. Es hat eine Moralisierung der Politik stattgefunden, die auf Empörung abzielt, um die Frustrationen der Bevölkerung zu mobilisieren. Angst ist dabei ein Schlüsselfaktor, die von Konstrukten wie dem *castrochavismo* gefördert werden. Im Zentrum steht hierbei die Mobilisierung von Befürchtungen gegenüber der Bedrohung durch ein linkes politisches Projekt. Diese Emotionen wurden von rechtsgerichteten Gruppen genutzt, um zur Teilnahme an Wahlen und anderen Formen der Politik aufzurufen. Auf diese Weise wurde früher die FARC-Guerilla als interner Feind positioniert, der das Leben, das Eigentum und die Rechte der Bürger*innen bedrohte.

Als die FARC nach dem Friedensabkommen verschwanden, verlagerte sich die Aufmerksamkeit auf die Figur der ‚Vandalen‘ im Kontext der Demonstrationen. Diese werden als irrationale Wesen dargestellt, die alles zerstören, was sich ihnen in den Weg stellt, die sich mobilisieren, um der Gesellschaft zu schaden und die in der Pandemie die Ansteckungsgefahr verkörpern (Semana vom 30.04.2021; El Universal vom 22.06.2021). Es wird das Bild einer anomischen, fast immer jungen Person evoziert, die beschuldigt wird Infiltrator*in einer bewaffneten Gruppe zu sein, von der sie ideologisiert wurde oder die sie in Ermangelung dessen dafür bezahlt, Verwüstungen oder Aktionen gegen die Polizei durchzuführen. Folglich gibt es eine „gute Mobilisierung“ und eine „böse Mobilisierung“ von Van-

dal*innen, dabei müsse letztere Bewegung eingedämmt werden, notfalls auch gewaltsam, wie es in den letzten drei Jahren geschah.

Die Stigmatisierung der Demonstrationen und die Einbindung der Figur der Vandal*innen in die Strategie zur Schaffung eines neuen inneren Feindes haben in der Bevölkerung Ermüdung und Empörung ausgelöst. Dies manifestiert sich angesichts des Missbrauchs von Gewalt durch den Staat, sowie – und das ist ein Merkmal der derzeitigen Regierung – angesichts der Gleichgültigkeit des Präsidenten gegenüber der Situation im Land. Es besteht ein gewisser Konsens darüber, dass Präsident Iván Duque nicht in der Lage ist, mit der Realität des Landes in Verbindung zu treten; nicht zu verstehen, was geschieht, und emotional und emphatisch auf die Bürger*innen zu reagieren. Es wird davon ausgegangen, dass er nicht in sich nicht mit dem Schmerz der Mehrheit der Bürger*innen identifizieren kann. Im Gegenteil, er identifiziert sich eher mit denjenigen, die Gewalt anwenden, Wirtschaftskriminalität begehen oder des Amtsmissbrauchs beschuldigt werden.

Darüber hinaus ist das Problem der Korruption schon seit langem bekannt. Breite Teile der Bevölkerung sind der Ansicht, dass die aktuelle Regierung, wie auch die vorherigen Regierungen, öffentliche Mittel zugunsten von Privatpersonen verwenden, die ihnen politisch nahestehen, sowie in Form von Zuneigung an Freund*innen und Familie weiterleiten und dementsprechend Vetter*innenwirtschaft betreiben (Duque 2021; Abu Shihab 2021). All diese Aspekte führen dazu, dass der Streik Emotionen und Aktionen unterschiedlicher Art mobilisiert.

Politiken der Straße

Während des gesamten *paro nacional* haben sich die Bürger*innen sowohl aus übergeordneten gesellschaftlichen und ganz individuellen Gründen heraus mobilisiert. Das heißt die Mobilisierungen beruhen auf inhaltlichen Argumenten und aus Enttäuschung entstandenen Leidenschaften. Die Politisierung der Emotionen drückt sich in neuen Repertoires kollektiver Aktionen auf der Straße aus. Diese umfassen die Errichtung von Straßensperren und Barrikaden, die zu „Widerstandspunkten“ werden, aber auch Begegnungsräume schaffen, die Allianzen zwischen verschiedenen Akteur*innen ermöglichen.

Angesichts dieser neuen Repertoires und Subjekte kollektiven Handelns haben soziale Netzwerke, die als Kanal für die Moralisierung politischer Debatten und die breite Einberufung einer heterogenen und nicht formell organisierten Bürgerschaft fungieren, eine grundlegende Rolle gespielt.

Es ist interessant zu sehen, wie die Jugendlichen, die bisher nur in den sozialen Netzwerken, nicht aber auf der Straße als Aktivist*innen in Erscheinung traten, nun gemeinsam agieren. Diese jugendlichen Aktivist*innen aus den sozialen Netzwerken gehen nun auch auf die Straße. Dies hat den zusätzlichen Effekt, dass ein größeres Maß an Wissen, Empörung und Kontrolle über den Missbrauch seitens der Sicherheitskräfte mittels sozialer Medien verbreitet werden kann. Auf diese Weise kursieren zahlreiche Videos, die Misshandlungen dokumentieren und von Menschenrechtsorganisationen als juristisches Beweismaterial, für investigativen Journalismus oder als Dokumentation verwendet werden. In diesem Sinne haben die Netzwerke eine Schlüsselrolle bei den Mobilisierungen gespielt. Sie haben den Bürger*innen ein gewisses Maß an Kontrolle über den Staat ermöglicht und die in der Pandemie zunehmende Geste der staatlichen Wachsamkeit zurückgegeben.

Angesichts dieser neuen Formen der politischen Partizipation hat der Staat auf altbekannte Strategien des Autoritarismus zurückgegriffen. Bisher standen militaristische Reaktionen im Vordergrund, die die politische Mobilisierung als Sicherheitsproblem betrachtet haben und dabei auf das aus dem bewaffneten Konflikt geerbte Repertoire zurückgegriffen – wenn auch mit geringer Glaubwürdigkeit. Ein neuartiges Element im Zusammenhang mit der Pandemie war das Einbeziehen der medizinischen Rhetorik. So wurde die Bedrohung durch das Virus zur Rechtfertigung der Einschränkung von Mobilisierungen in Zeiten sozialer Spannungen und zur Delegitimierung der Mobilisierung eingesetzt. Die Förderung des städtischen Paramilitarismus durch Allianzen zwischen der Polizei und Teilen der Wirtschaftselite, wie sie in Cali stattgefunden hat, erinnert an die schlimmsten Zeiten der Verschärfung des bewaffneten Konflikts, auch wenn diese Form bisher eher punktuell stattgefunden hat.

Über den Horizont der Mobilisierungen und Kämpfe

Die jüngsten Mobilisierungen sind zum Teil eine Folge ungleicher Urbanisierungen, die seit den 1980er Jahren durch verschiedene Ursachen ausgelöst wurden. Seither sind große Teile der ehemals ländlichen Bevölkerung in Städte gezogen, einige von ihnen wurden gewaltvoll vertrieben, andere flohen vor dem Hintergrund von struktureller Gewalt, die viele ländliche marginalisierte Gebiete prägt. Obwohl es ihnen noch nicht gelungen ist, sich vollständig in das soziale und wirtschaftliche Leben der Stadt zu integrieren, sind die jüngsten Mobilisierungen Teil ihrer aktiven Eingliederung in das politische Leben der urbanen Zentren.

Andererseits ist es wichtig, die Auswirkungen der Pandemie zu kontextualisieren. Dies gilt auch wenn es sich um eine globale Krise handelt, da die konkreten Auswirkungen der Pandemie nur verstanden werden können, wenn wir die historischen Kräfteverhältnisse an einem konkreten Ort analysieren. In diesem Sinne ist es unabdingbar zu beobachten, wie sich die Mobilisierung der Indigenen, des Drogenhandels, der Guerilla und des Paramilitarismus zu einem bestimmten Zeitpunkt in Städten wie Cali überlagern.

Ein neues Element der Mobilisierungen von 2021 ist die Beteiligung junger Menschen, aus dem nicht- universitären bzw. nicht-akademischen Milieu. Es handelt sich um jungen Menschen aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen, darunter auch Studierende aus sehr prekären Lebensbedingungen, doch vor allem Menschen, die vom Arbeitsmarkt abgekoppelt sind und junge Menschen, die mit kriminellen Gruppen, Banden und anderen nicht-legalen Aktivitäten verbunden sind. Das Streikkomitee brachte 2018 und 2019 verschiedene organisierte Gruppen von Studierenden über Gewerkschaften bis hin zu Bäuer*innenorganisationen oder Energieerzeugungsgewerkschaften zusammen. Für den Streik 2021 nimmt dieses Komitee jedoch nicht die gleiche Rolle ein und kann die Organisation und die gemeinsame Mobilisierung nicht durchführen. Dies erklärt sich mit der Veränderung der sozialen Basis der Bewegung. Die Mobilisierungen sind vielfältiger, heterogener und breiter als die Zusammensetzung des Streikkomitees.

Bei dieser Art von politischer Mobilisierung, die nicht über formale Kanäle organisiert wird, gestaltet sich die Politikausübung horizontaler und weniger repräsentativ und pyramidenförmig aus. Da sie demokratischer ist, ist sie gleichzeitig auch komplexer. Bisweilen hat dies zu einer Politik der *Asamblea* (Versammlung) geführt, bei der das pyramidale, von oben nach unten verlaufende Vertretungsschema umgekehrt wurde und zu einem horizontalen Schema mit Fokus auf konsensuale Vereinbarungen geführt hat, die dann mit dem Staat verhandelt wurden. Dabei gilt es zu bedenken, dass die dominanten städtische und ländliche politische Kultur nicht versamlungsorientiert ist. Es handelt sich um eine repräsentative politische Kultur, die auf Parteien, Gewerkschaftsorganisationen und repressiver Gewaltanwendung basiert. Dies ist nicht das, was aktuell in den marginalisierten Stadtteilen und an den Widerstandspunkten passiert.

In den neuen Räumen sind junge Menschen wirkmächtig, wenn auch nicht die einzige Kraft. Sie spielen zwar eine führende Rolle, die dem kollektiven Handeln eine gewisse Logik und Radikalisierung verleiht, aber sie sind nicht allein. Sie treffen auf andere Akteur*innen, Gewerkschaften, andere Altersgruppen, Personen, die mit dem Arbeitsmarkt verbunden

sind oder andere Lebensläufe haben,. Dies macht kollektive Forderungen, einen gemeinsamen Forderungskatalog oder beginnende Verhandlungspunkte für einen Dialog mit lokalen oder nationalen Regierungen sehr viel anspruchsvoller.

In dieser neuen Situation können viele Schlüsselprozesse für die Zukunft entstehen. Da es keine formale Repräsentation gibt, wird es in vielen Fällen notwendig sein, Logiken von Partizipation, Sprecher*innen, Mechanismen und/oder der Versammlungsräume aufzubauen, die möglicherweise nur vorübergehend sind. Es ist möglich, dass sich die neuen Akteur*innen nicht an der institutionellen Politik beteiligen wollen, weil sie dieser nicht vertrauen. Es kann aber auch passieren, dass die Protestierenden sich bereits bestehenden Organisationen anschließen und diese erneuern. Oder sie erleiden das gleiche Schicksal wie ihre Vorgänger*innen, werden institutionalisiert und verlieren dabei ihre Vitalität.

Lange Zeit ging man in Kolumbien davon aus, dass sowohl der Krieg als auch die politische Mobilisierung überwiegend auf dem Lande stattfanden, selbst wenn die Avantgarde in den Städten zu finden war. Wie wäre es, wenn wir für einen Moment in Betracht ziehen, dass diese Logik umgekehrt sein könnte? Seit Inkrafttreten der Verfassung von 1991 konnten sich einige indigene Organisationen deutlich stärken. In ähnlicher Weise taten dies auch einige afro-kolumbianische und bäuerliche Gemeinschaften im Südwesten des Landes, die sukzessiv Räume der Artikulation wie den *Congreso de los Pueblos* und später die *Minga* schufen.

Die Beteiligung der *Minga* am *paro nacional* fand in vielen Fällen nicht mit konkreten Forderungen, sondern als Begleitung der Mobilisierungsprozesse statt. Dies wirft interessante Fragen über Kämpfe der Zukunft auf. Die indigene Führung in den popularen Organisationen, die bei den Mobilisierungen der letzten Jahre an Stärke gewonnen hat, ist ein weiteres Thema, das es zu untersuchen gilt. Sie könnte sogar einer der Schlüssel zum Verständnis des Prozesses der Politisierung der Jugendlichen und der verschiedenen am Streik beteiligten Akteur*innen sein. Es ist möglich, dass sich die Forderungen dreißig Jahre nach der Verfassungsänderung von 1991 und fünfzig Jahre nach der (verfassungs-)rechtlichen Inklusion indigener Forderungen und Mobilisierungen, in den Städten verankert haben und auf Studierende sowie andere urbane Agierende wirkten. So haben sie zu einem Prozess der kulturalistischen Politisierung beigetragen, der mit der Rhetorik von Abstammung, Tradition, Identitäten und *Buen Vivir* verbunden ist. Mit anderen Worten: Es könnte sein, dass wir Zeug*innen eines Prozesses der Politisierung sind, der sich aus Differenz und Ruralität ergibt und nicht aus Ungleichheit und städtischer Avantgarde. Aber das ist etwas, worüber wir noch weiter nachdenken müssen.

Schließlich haben sich viele große Veränderungen in den ländlichen Gebieten und der Praxis vollzogen, ungeachtet dessen, was uns die Theorien lehren.

Aus dem Spanischen von Stefan Peters

Literaturverzeichnis

- Abi Shibab, Laila (2021): Sin experiencia y con sueldazos: la lista de nombramientos de Duque en el exterior, in: *Voragine* vom 14.03.2021, [<https://voragine.co/sin-experiencia-y-con-sueldazos-la-lista-de-nombramientos-de-duque-en-el-exterior/>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Alape, Arturo (1980): *Un día de septiembre. Testimonios del Paro Cívico*, Bogotá: Armadillo.
- Angarita, Pablo (2012): La seguridad democrática: punta del iceberg del régimen político y económico colombiano, in: Vargas, Alejo (Hg.): *El prisma de las seguridades en América Latina: escenarios regionales y locales*, Buenos Aires: CLACSO.
- Archila, Mauricio (2004): *Idas y venidas, vueltas y revueltas. La protesta social 1958–1990*, Bogotá: Cinepe e Icahn.
- BBC News (2020): Protestas en Colombia: qué es la minga indígena y qué papel juega en las manifestaciones, in: *BBC News Mundo* vom 21.10.2020, [<https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-54625586>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Betancourt, Ana; Castillo, Alexander (2019): Auge y decadencia del narcotráfico en Cali y el sicariato como forma de control ilegal, in: *Revista Cultura y Droga*, 24, 159–177.
- Cano, Laura (2020): Los abusos policiales en tiempos de cuarenta, in: *Periodista Pares* vom 21.04.2020, [<https://pares.com.co/2020/04/21/los-abusos-policiales-en-tiempos-de-cuarentena/>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Cuestión Pública (2021): Paso a paso: Así fue el tiroteo del 9 de mayo al sur de Cali, in: *Cuestión Pública* vom 27.05.2021, [<https://cuestionpublica.com/paso-a-paso-asi-fue-el-tiroteo-del-9-de-mayo-al-sur-de-cali/>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Cuestión Pública (2021): Cuando la Policía se alió con hombres armados vestidos de civil, in: *Cuestión Pública* vom 16.06.2021, [<https://cuestionpublica.com/cuando-la-policia-se-alio-con-hombres-armados-vestidos-de-civil/>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Defender la Libertad (2021): *Violencia policial en el marco de la pandemia*, [<https://defenderlalibertad.com/violencia-policial-en-el-marco-de-la-pandemia/>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Duque, Tatiana (2021): El Duquismo es más de amigos que de ideas, in: *La Silla Vacía* vom 15.02.2021, [<https://www.lasillavacia.com/historias/silla-nacional/el-duquismo-es-mas-de-amigos-que-de-ideas/>], letzter Aufruf 02.10.2021.

- El Espectador (2020): 'No murió, lo mataron', las voces de indignación por la muerte de Javier Ordóñez, [https://www.elespectador.com/bogota/no-murio-lo-mataron-las-voces-de-indignacion-por-la-muerte-de-javier-ordonez-article/], letzter Aufruf 02.10.2021.
- El Espectador (2020): *Así amanece Bogotá tras los disturbios y protestas por la muerte de Javier Ordóñez*, [https://www.elespectador.com/bogota/asi-amanece-bogota-tras-los-disturbios-y-protestas-por-la-muerte-de-javier-ordonez-article/], letzter Aufruf 02.10.2021.
- El Espectador (2020): *Ministro de Defensa dice que las protestas en Bogotá fueron infiltradas por el Eln*, [https://www.elespectador.com/judicial/ministro-de-defensa-dice-que-las-protestas-en-bogota-fueron-infiltradas-por-el-eln-article/], letzter Aufruf 02.10.2021.
- El Espectador (2021): *Vacunas en Colombia: Llegan primeras 50.000 dosis de Pfizer contra el COVID-19*, [https://www.elespectador.com/colombia/mas-regiones/vacunas-en-colombia-llegan-primeras-50000-dosis-de-pfizer-contra-el-covid-19-article/], letzter Aufruf 02.10.2021.
- El Espectador (2021): *Primera Línea anuncia qué será un partido político ¿Es posible?* [https://www.elespectador.com/bogota/primera-linea-anuncia-que-sera-un-partido-politico-es-posible/], letzter Aufruf 02.10.2021.
- El Universal (2021): *¿Protestas influyeron en muertes por COVID, como sugirió el presidente Duque?*, [https://www.eluniversal.com.co/colombia/protestas-influyeron-en-muertes-por-covid-como-sugirio-el-presidente-duque-fm4842799], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Fandino-Losada, Andrés et al. (2017): Efecto del control del crimen organizado sobre la violencia homicida en Cali (Colombia), in: *Revista CIDOB*, 116, 159–178.
- Fernández, Juan José et al. (Hg.) (2020): *Ensayos sobre la pandemia*, Cali: Universidad Icesi.
- Gonzalez, Olga I. (2021): La paradoja de la primera Línea, in: *La Silla Vacía* vom 24.06.2021, [https://www.lasillavacia.com/historias/historias-silla-llena/la-paradoja-de-la-primera-linea-C3%ADnea/], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Gros, Christian (2002): Un ajuste con rostro indígena, in: Blanquer, Jena-Michel; Gros, Christian (Hg.): *Las dos colombias*, Bogotá: Editorial Norma, 323–358.
- Isacson, Adam (2021): En América Latina, a causa del COVID-19 se está poniendo en riesgo alterar permanentemente las relaciones cívico-militares, in: *WOLA* vom 15.09.2020, [https://www.wola.org/es/analisis/america-latina-covid-19-relaciones-civico-militares-policia/], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Infodensa (2021): *La Policía de Colombia emplea drones para controlar el aislamiento*, [https://www.infodefensa.com/texto-diario/mostrar/3128102/policia-colombia-emplea-drones-controlar-aislamiento], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Kien y ke (2020): *Claudia López arremete contra el Gobierno por versiones del asesinato de Javier Ordóñez*, [https://www.kienyke.com/bogota/claudia-lopez-arremete-contra-gobierno-por-versiones-del-asesinato-javier-ordonez], letzter Aufruf 02.10.2021.

- Llano Ángel, Hernando; Restrepo, Marcela (2008): Política y narcotráfico en el Valle del Cauca: del testaferrato al paramilitarismo político, in: *Ánfora*, 15, 155–172.
- Pacifista (2016): *La paz que firmaron cinco guerrillas colombianas en los 90*, [<https://pacifista.tv/notas/la-paz-que-firmaron-cinco-guerrillas-colombianas-en-los-90/>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Pécaut, Daniel (2008): *Las FARC: ¿una guerrilla sin fin o sin fines?* Bogotá: Editorial Norma.
- Sáenz, José Darío (2017): *Élite política y construcciones de ciudad: Cali 1958–1998*, Cali: Editorial Universidad Icesi.
- Semana (2021): *¿Qué tanta posibilidad de contagio de covid-19 existe en medio de las manifestaciones?*, [<https://www.semana.com/nacion/articulo/que-tanta-posibilidad-de-contagio-de-covid-19-existe-en-medio-de-las-manifestaciones/202124/>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Rojas, Axel; Useche, Vanessa (2019): *Guardias indígenas, afrodescendientes y campesinas en el departamento del Cauca. Historia política y estrategias de defensa territorial*, Popayán: Semillero de Investigación Taller de Etnografía, Grupo GELPS, Universidad del Cauca.
- Rodríguez, Joana (2021): Caso Dilan Cruz debe seguir en justicia ordinaria: Corte Constitucional, in: *RCN-Radio* vom 18.06.2021, [<https://www.rcnradio.com/judicial/caso-dilan-cruz-debe-seguir-en-justicia-ordinaria-corte-constitucional>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Uprimny, Rodrigo; Sanchez, Luz María (2012): Constitución de 1991, justicia constitucional y cambio democrático: un balance dos décadas después, in: *Cahiers des Amériques latines*, 71, [<http://journals.openedition.org/cal/2663>], letzter Aufruf 02.10.2021.
- Vargas, Ricardo (2019): Las nuevas élites emergentes, poder político y prácticas mafiosas en Colombia, in: *Revista Foro*, 98: 84–100.
- Villarraga, Álvaro et al. (2018): *Bloque Calima de las AUC. Depredación paramilitar y narcotráfico en el suroccidente colombiano*. Bogotá: Centro Nacional de Memoria Histórica.

